



Bekanntmachung

des Satzungsbeschlusses zur 1. Änderung des Bebauungsplans

Nr. 35 „Westlich der Landsberger Straße“ in der Fassung vom 28.02.2023

Die Gemeinde Inning am Ammersee hat mit Beschluss des Bauausschusses vom 28.02.2023 die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 35 „Westlich der Landsberger Straße“ als Satzung beschlossen. Dieser Beschluss wird hiermit gemäß § 34 Abs. 6 i.V.m. § 10 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) ortsüblich bekannt gemacht. Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.

Jedermann kann die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 35 „Westlich der Landsberger Straße“ bestehend aus Planzeichnung, textliche Festsetzungen und Begründung bei der **Gemeinde Inning, Bauamt, 1. Stock, Pfarrgasse 13 zu den allgemeinen Öffnungszeiten (Mo, Di, Do, Fr von 08.00 – 12.00 Uhr, Mi geschlossen)** einsehen und über deren Inhalt Auskunft verlangen. Unser Haupteingang ist barrierefrei. Die Unterlagen können auch auf der Homepage der Gemeinde Inning a. Ammersee unter www.inning.de eingesehen werden.

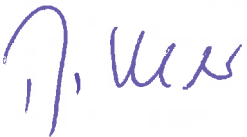

Auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie die Rechtsfolgen des § 215 Abs. 1 BauGB wird hingewiesen.

Unbeachtlich werden demnach

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften.
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,
4. nach § 214 Abs. 2a BauGB im beschleunigten Verfahren beachtliche Fehler,

wenn sie nicht innerhalb **eines Jahres** seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind; der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen.

Außerdem wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB hingewiesen. Danach erlöschen Entschädigungsansprüche für nach den §§ 39 bis 42 BauGB eingetretene Vermögensnachteile, wenn nicht **innerhalb von drei Jahren** nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruches herbeigeführt wird.

Inning am Ammersee, den <u>01. März 2023</u>	An den Amtstafeln
 W. Bleimaier Erster Bürgermeister	angeschlagen am <u>03.03.2023</u>
 (Siegel)	abgenommen am <u>03.04.2023</u>